

Herzlicher Dank an die drei Bürgermeisterkandidaten und ihre Gemeinderatskandidaten, **Michael Sturm** (Freie Wähler), **Andreas Lechermann** (CSU) und **Sebastian Grünwald** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Sie haben uns ausführlich und mit präziser Begründung auf unsere Fragen zum Umwelt- und Naturschutz in Weßling geantwortet. Wir fassen hier die Grundzüge ihrer Antworten zu den 6 von uns vorgegebenen Themenkomplexe zusammen.

1. Erhalt der Artenvielfalt.

Alle drei Gruppierungen befürworten ohne Einschränkungen eine Umwandlung der gemeindlichen Flächen und Straßenränder in Blühstreifen. Sie sollen von Bauhof und IWL naturverträglich angelegt und gepflegt werden. Die Pflege, der artgerechte Erhalt, der Ausgleichsflächen, die zum Ausgleich von Baumaßnahmen angelegt werden, muss strenger beachtet und kontrolliert werden. Grünwald schlägt vor, Hort- und Schulkinder über Projekte in die Pflege mit einzubeziehen. Sturm regt die Anlage weiterer Streuobstwiesen auf Gemeindegrund an.

Der Weßlinger See soll als Wahrzeichen Weßlings unbedingt als ein Natursee erhalten bleiben. Lechermann schlägt vor, die Belastung durch Badegäste mit Hilfe eines Parkraumkonzepts zu bremsen und die allmähliche Verlandung im Karpfenwinkel durch die Entfernung von Geäst und Laub im Wasser zu verlangsamen.

Die Möglichkeit, den Pestizideinsatz bei unseren Landwirten zu verhindern, sieht keiner der 3 Kandidaten. Auf den gemeindeeigenen Flächen jedoch kann der Verzicht auf Pestizide durch entsprechende Pachtverträge durchgesetzt werden.

2. Schutz alter, großer Bäume innerhalb des Ortes.

Alle drei Bürgermeisterkandidaten bezweifeln die Zweckdienlichkeit einer Baumschutzverordnung; sie äußern unisono, dass im Vorfeld einer derartigen Verordnung viele Bäume gefällt würden. Mit den Grundstückseigentümern sollen einvernehmliche Lösungen gefunden werden. Ortsbildprägende Bäume sollen durch Aufnahme in die Bebauungspläne geschützt werden. Die Verkehrssicherheit, also ein Bevölkerungsschutz, hat oberste Priorität. Grünwald schlägt vor, dass ein Kataster ortsprägender Bäume erstellt werden soll, für die die Gemeinde die Prüfung für die Verkehrssicherungspflicht übernimmt.

Der Schutz alter Bäume am Waldrand im forstlich genutzten Bereich sollte laut Sturm mit Experten geklärt werden.

3. Versiegelung von Baugrundstücken.

Für den Wohnhausbau hält Sturm die Festlegungen in der Bauordnung für ausreichend. Lechermann sieht darin Schwachstellen in dem Bemühen grüne Flächen zu erhalten und regt Korrekturen in der Bausatzung an. Grünwald fordert zusätzlich ein Verbot der „Steingärten“. Eine prozentuale Begrenzung der Baufläche in Bezug zur Grundstücksgröße wird von allen als nicht durchführbar angesehen. Direkte Ausgleichsmaßnahmen zur Kompensation der Klimaeinwirkungen werden nicht vorgeschlagen.

Grünwald schlägt vor, dass die Gemeinde mindestens Passivhausstandard festsetzt und die Verwendung von umweltfreundlichen Baustoffen wie Holz und Recyclingbeton empfiehlt. Lechermann regt an, dass die Gemeinde über die Nutzung von Solarenergie und über Fördermaßnahmen informiert. Sturm möchte die Ausgleichsflächen differenziert an das Gebäude anpassen.

4. Flächenfraß.

Alle drei Kandidaten sprechen sich für flächenschonende, klimaneutrale und möglichst energieautarke Gewerbegebiete aus, z.B. mit Holzbauten, PV-Anlagen und dem Einsatz von Blockheizkraftwerken. Grünwald achtet auf die Durchgrünung in Gewerbegebieten und will grundsätzlich die Ausweisung neuer Gewerbegebiete vermeiden.

Auf die Frage, ob vorhandene, genutzte Flächen innerhalb des Ortes für neues Gewerbe präferiert werden sollen, gibt Sturm zu Bedenken, dass jedes Gewerbe, allein durch den damit erzeugten Verkehr, ein Wohngebiet beeinträchtigt. Es sollte deshalb sinnvoll eingebunden werden, wie z.B. im Argelsrieder Feld III. Lechermann kann sich verträgliches Gewerbe innerhalb des Ortes vorstellen. Grünwald präferiert diese innerörtlichen Standorte, da eine Durchmischung von Wohngebieten mit Gewerbe das Leben im Ort halte und Wege verkürze.

5. Wie kann die Gemeinde bis 2035 energieautark werden?

Es wird kein „Schwur“ auf diese Verpflichtung abgegeben, wohl werden aber, recht allgemeine, Verfahren für das Ziel einer Energieautarkie erwähnt. Alle 3 Kandidaten sind sich darin einig, dass die Gemeinde Vorbildfunktion übernehmen muss. Die Gemeinde muss informieren, die Rahmenbedingungen schaffen und sollte Förderungen prüfen. Auf den gemeindlichen Liegenschaften sollte der Einsatz von PV-Anlagen für Eigennutzung oder in Bürgersolaranlagen geprüft werden. Ferner sollte die Wärmedämmung sowie das Heizsystem ökologisiert werden. Sturm schlägt dazu eine Zusammenarbeit mit der Energiegenossenschaft vor, Lechermann hat als Vorbild ein Nahwärmenetz auf Biomasse-Basis, als Beispiel dient ihm die Wärmezentrale des Waldsanatoriums in Krailing. Grünwald erwähnt dann gezielt eine e-Mobilität. Außerdem verlangt er eine Bilanzierung der CO₂-Emissionen, die durch den gemeindlichen Fuhrpark und die Liegenschaften entstehen Diese soll regelmäßig veröffentlicht werden.

Als unterstützende Maßnahmen für energiesparendes Bauen schlägt Sturm eine Anpassung der GFZ vor. Grünwald bietet eine Unterstützung bei Bürger-PV-Anlagen an. Er weist auf ein Windkraftwerk südlich von Hochstadt hin, das 2012 in den Flächennutzungsplan des Landkreises aufgenommen wurde.

Alle Drei stimmen für eine kostenlose Beratung der Gemeindebürger für energetische Haussanierungen und für den Bau von PV- oder Solaranlagen, incl. Fördermöglichkeiten. Eine gemeindeeigene finanzielle Förderung erachten sie angesichts der vorhandenen Fördertöpfe nicht für notwendig. Sturm wägt die Verwendung von Steuergeldern für die Förderung privater Baumaßnahmen ab, damit auch Mieter einen Vorteil von dieser Art von Förderung haben.

6. Festangestellter Umweltreferent*in.

Sturm setzt mehr auf den Rat von Experten, die den Gemeinderat fachlich unterstützen sollen. Lechermann hält einen interkommunal tätigen Umweltreferenten für sinnvoll, der von benachbarten Gemeinden gemeinsam finanziert wird und gemeindeübergreifenden Umweltschutz bearbeitet. Grünwald stellt sich einen festangestellten Klima- und Umweltschutzbeauftragten vor, der die gemeindlichen Maßnahmen planen und koordinieren soll. Eine zusätzliche Verknüpfung in die Kinder- und Jugendarbeit erscheint ihm interessant, da die stärkere Einbindung aller Klima- und Umweltthemen in die Kindererziehung ein wichtiger Baustein von nachhaltiger Veränderung ist.

Landschaftspflegeverband.

Sturm und Grünwald unterstützen einen kreisweit tätigen Pflegeverband, der angestellte und ehrenamtliche Mitarbeiter in der Biotoppflege zusammenführt.

Allen drei Bürgermeisterkandidaten und ihren Listen sind Natur- und Umweltschutz ein notwendig, drängendes Anliegen, das sie umsetzen wollen.

Als Wähler sollten wir sie aufmerksam bei der Umsetzung ihrer Ziele begleiten, dass sich aus ihren Ideen auch konkrete Projekte entwickeln. Ihre Worte werden an ihren Taten zu messen sein.

Nochmals ein Dank an die 3 Kandidaten und ihre Gruppierungen für die ausführliche Darlegung, dies neben all ihren Wahlkampfterminen!

Weßling, 8. März 2020

Dr. Gerhild Schenck-Heuck
(Vorsitzende BN Weßling)

Dr. Horst-Günter Heuck
(Schriftführer BN Weßling)